

Verhandlungen zur Folge. Die polnischen Delegierten
dürften am Montag wieder in Berlin eintreffen, worauf die
Verhandlungen fortgesetzt werden.

Erlaß des Kultusministers zum Schülerstreik.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung
hat am 16. Oktober 1919 unter U II Nr. 2186. I. folgende
Beschlüsse erlassen:

Die Fälle mehren sich, daß Schüler höherer Lehranstalten
durch Persönlichkeiten von Unterricht und durch andere öffent-
liche Kundgebungen sich gegen Anordnungen der höchsten
Schulbehörde auflehnen. Es ist nicht gewillt, beratende
Angehörigkeiten künftig noch zu dulden und den Schulbetrieb
in solcher Weise führen zu lassen. Deshalb befinde ich, daß
Schüler, die sich dieser Auflehnung schuldig machen, von
der Schule zu verweisen sind. Und zwar erstreckt sich
die Verweisung auf alle Anlässe des preussischen
Staates, und eine Wiederaufnahme des Ver-
weises ist nur mit meiner Genehmigung
zulässig.

Die Direktoren müssen die Schülerhaft nachdrücklich ermahnen
und sie mit aller Deutlichkeit über die Folgen der
Verweilung belehren. Wenn es wider Erwarten nötig
werden sollte, trotz dieser Warnung die Erfolge zu verhängen,
ist alsbald durch die Provinzialkollegien an mich zu be-
richten. gez. Haensch.

Nochmals die Auslieferung Levins.

W.B. München, 25. Oktober. Die Korrespondenz Hoffmann
meldet: Von der bayerischen Regierung wird nicht be-
stritten, daß die Angelegenheit der Auslieferung Levins
eine reine Rechtsfrage ist. Es kann nach der angelegten
Untersuchung gar keinem Zweifel unterliegen, daß die in
dieser Sache durch die Veröffentlichung des Münchener
Schulprogramm vorgekommene Indiskretion nicht von
München, sondern von Wien ausgegangen ist. Die Angele-
genheit wird hier weiter behandelt werden, sobald der in
den Zeitungen erwähnte Einspruch der österreichischen Regie-
rung bei der Reichsregierung in den Besitz der bayerischen
Regierung gelangt ist.

W.B. Wien, 25. Oktober. Im Einlaß der National-
versammlung befindet sich eine Anfrage des Sozialdemo-
kratischen Fraktion betreffend die Tätigkeit des bayerischen
Staatsanwalts Leberich in Wien. In der Interpellation wird
unter Hinweis auf die Zeitungsnachricht, wonach Lieberich
als Angehöriger der Münchener Staatsanwaltschaft in
Wien bei den höchsten Justizbehörden die Auslieferung
Levins an die bayerische Regierung betriebe, die Anfrage
gestellt, was der Staatsanwalter gegen diese ungesetzliche
Einschaltung Lieberichs in das Auslieferungsverfahren gegen
Levin zu tun gedenke.

Bayern wünscht 14tägige Einstellung des Personenverkehrs.

W.B. München, 25. Oktober. Die Korrespondenz Hoffmann
meldet amtlich: Auflose eines Beschlusses des
Reichsrats ist an den Reichsanwalt sowie an den Reichs-
wirtschaftsminister in Berlin je ein Telegramm geschickt
worden, worin der bayerische Minister sein Ansuchen
kundt, daß die in Süddeutschland herrschende Kohlennot
zur Beseitigung führen muß, wenn nicht die Einstellung
des Eisenbahnverkehrs in weite Teile des Reichs auf
bis vierzehn Tage erfolgt. Gleichzeitig wird er-
sucht, zur Beratung und Beschlußfassung über diese Maß-
nahme die Reichsminister der einzelnen Länder sofort nach
Berlin zu berufen.

Der 9. November bayerischer Nationalfeiertag.

W.B. München, 25. Oktober. Die „Münchener Post“
meldet: In der gestrigen Sitzung des Gesamtausschusses des
sozialdemokratischen Reichstages in München wurde einstimmig
eine Entschließung angenommen, in der der Parteivorstand
aufgefordert wird, Schritte zu unternehmen, daß der
9. November von der Nationalversammlung als National-
feiertag erklärt wird.

Die Wirkung der Offseperre.

W.B. Kiel, 25. Oktober. Die Wirkung der Offse-
perre macht sich in den Hafenstädten der westlichen Ostsee von
Tag zu Tag fühlbarer. Auch der Schiffverkehr zwischen den
Hafenstädten, der die Eisenbahnen bisher wesentlich ent-
lastete, ruht vollkommen, so daß die Abwanderung der zur
Beschäftigung bestimmten Güter einen immer größeren Um-
fang annimmt. Die Warenausfuhr von Südband 2 sind nach
der ergebnissen Anhebung ihrer Tätigkeit nunmehr voll-
ständig in die deutschen Häfen zurückgekehrt. Von einschnei-
dender Bedeutung für die Verbesserung des Marktes mit
Fischen ist, daß die Fischerflotten der Ostsee an der Zeit-
nahme an den nunmehr beginnenden Herings- und Sprotten-
fängen durch die Offseperre verhindert sind.

Carlische in rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau.

W.B. Essen (Ruhr), 25. Oktober. Die zwischen dem
Zehnerverband und den der Zentralarbeitsgemeinschaft an-
geschlossenen gewerkschaftlichen Organisationen der rhein-
isch-westfälischen Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter
seit Monaten schwelenden Verhandlungen über den Abschluß
eines Kohlenarbeits durch Fortsetzung von Carlisagen für
die einzelnen Arbeitergruppen beendet worden.

Deutsche Wünsche in Tschechien.

W.B. Prag, 25. Oktober. Die deutschösterreichischen Presse-
büren) Gehern hielten die Deutschen Groß-Prags eine
Versammlung ab, in der eine alte Politik im Sinne der
Wiederherstellung in Verwaltung und Gesetzgebung befürwortet
wurde.

Dortien ist eifrig tätig.

Wiesbaden, 25. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie
verkauft, hat Dr. Dortien bereits 80 000 Unterschriften für
die Gründung der rheinischen Republik gesammelt. Die
Gegner des Dr. Dortien haben daraufhin in der gesamten
besetzten Zone im Rheinland mit der Unterschriftensammlung
begonnen.

Reichsminister Dr. Bell über das Eisenbahnwesen.

Überleitung der Staatsbahnen auf das Reich. — Werkstättenwesen. — Reichsluftrecht.

W.B. Berlin, 25. Okt. 108. Sitzung. Am Minister-
tische: Dr. Bell.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr
15 Minuten.
Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt Minister
Dr. Bell des

schweren Unglücksfalles vom 24. d. M. auf Bahnhof
Cranawitz in Ebersleben.

Dier Wagen wurden gerammt, zahlreiche Reisende
getötet oder verletzt. Der Minister spricht zugleich im
Namen des preussischen Ministers der öffentlichen Ar-
beiten allen Betroffenen das tiefste Mitgefühl der Eisen-
bahnverwaltung und der Reichsregierung aus.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des
Haushalts: Reichseisenbahngesetz,
Verwaltung der Reichseisenbahnen
und Reichsverkehrsministerium.

Das Wort erhält

Reichsminister Dr. Bell.

Der vollständige Ausbeß des neuen Verkehrsmini-
steriums wird erst in der Erscheinung treten, wenn die
Überleitung der Staatsbahnen auf das Reich erfolgt.
Bis zum 1. April 1921 wird der Geschäftsbereich der Eisen-
bahnverwaltung eingeleitet sein. Zunächst sind die
Aufgaben des bisherigen Reichseisenbahnamts fortzu-
führen. Dazu gehört sich die Liquidation der Reichs-
eisenbahnen in Gesetz-Verträgen. Die
wichtigste Aufgabe

des Reichsverkehrsministeriums auf dem Gebiete des
Eisenbahnwesens ist die Überleitung der Staatsbahnen
auf das Reich. Bei der Überleitung des Ministeriums ist
auf die beteiligten Länder weitgehende Rücksicht ge-
nommen. Die Technik wird bei der Zusammenfassung
bis weitestmögliche Berücksichtigung finden. Auch Materialde-
ckung aus dem preussischen Dienst sollen in letzter
Stelle befristet werden. Der Minister weist alsdann
einen kurzen Ausblick auf
die Einheitsbestrebungen in deutschen
Eisenbahnwesen.

Was die Befestigung des Personals an den Arbeiten der
Eisenbahnverwaltung anlangt, so besteht die nächste
Aufgabe darin, Verhandlungen zur Bildung einer Ver-
einbarung der Organisationen des gesamten deutschen
Eisenbahnpersonals beim Reichsverkehrsministerium
anzuknüpfen. Die konstituierende Sitzung soll im März
stattfinden.

Dringen reformbedürftig
ist besonders das Werkstättenwesen. Wie diese
Wirkung in richtiger Weise durchgeführt, so wird
auch der Geist der Ungleichheit und Unruhe, der
heute im Personal herrscht, der Orientierung von der Not-
wendigkeit der Steigerung der Arbeitsleistungen weichen.
Dazu kommt die besonders wertvolle Mitwirkung auch
der Technik und Wissenschaft bei der Umgestaltung des
Verkehrswesens. Besonders soll beachtet genommen
werden auf die händige Verbindung mit der Presse. Auf
dem Gebiete der

Luftrecht

begleitet der Minister die Ausfahrten als recht kräftig.
Eine beschleunigende Wirkung dieser Frage sich die wieder-
kehrende Arbeitslosigkeit und Schaffenskraft als not-
wendige Vorbereitung für den Wiederaufbau des Wirt-
schaftslebens voraus. Auf dem

Gebiete der Elektrifizierung

wird das Ministerium die Bestrebungen der deutschen
Eisenbahnverwaltung zusehends zusammenfassend
zusammenfassen. Eine wesentliche Aufgabe wird es sein, eine
einheitliche Wasserstraßenpolitik zum Nutzen der Gesamtheit
durchzuführen. Die zukünftige Tarifpolitik wird
sich mit dem schwierigen Problem zu beschäftigen haben,
wie sich das Verhältnis der Preiskräfte von Eisenbahn
und Schiffahrt zueinander gestalten soll. Gemeinheits-
liche Arbeit und zweiseitiges Zusammenwirken zwischen
Reich und Ländern wird die beste Grundlage für eine wirt-
schaftliche Ausnutzung der Wasserstraßen im Gemein-
interesse der ganzen deutschen Nation bilden. Der
Minister kündigt sodann einen Gesetzentwurf über
das Reichsluftrecht

an. Für das Straßensystem soll in Zukunft lediglich
die Bewertung der für fiskalische Zwecke entsprechend
gewordenen Straßennetze der Aufständigkeit der Verwer-
tungsabteilung des Reichsverkehrsministeriums verbleiben,
während das Reichsverkehrsministerium für die Bear-
beitung sämtlicher übrigen Angelegenheiten zuständig
sein soll. Wir müssen an einheitlichen Richtlinien für die
Konstruktionsfrage, die Beschaffung, Abnahme und
Unterhaltung der verschiedenen Straßennetze kommen.

Zur Verkehrsnote

bemerkt der Minister, daß dieses Problem vor allem
einen hochpolitischen Charakter habe. Gelting es nicht,
in kürzester Zeit der weiteren Steigerung der Verkehrs-

Der italienische Nationalrat in Fiume aufgelöst.

W.B. Venedig, 25. Oktober. Nach Mitteilungen aus
Fiume ist der italienische Nationalrat durch Annunzio auf-
gelöst worden. Seine Beschlüsse wurden auf den Munizipalrat
übertragen. In einer Volkshat an das ameri-
kanische Volk erklärt Annunzio, er könne nicht glauben, daß
das amerikanische Volk die italienischen Interessen Fiumes
den finanziellen Interessen gewisser Geschäftsleute opfern
wolle.

Die Entente gegen rumänische Wünsche.

W.B. Venedig, 25. Oktober. Der Führer hat der
rumänischen Regierung eine neue Note übermittelt, in der
er seine Befriedigung darüber ausdrückt, daß Rumänien in
der Allianz verbleiben will, jedoch behauert, dem Wunsch
Rumäniens, seine Beziehungen zu beenden, nicht Folge leisten
zu können, da die Beschlüsse des Fünferrates bereits allen
Mitgliedern notifiziert worden seien. Auch hinsichtlich des
Schutzes der Kinderheiten lehnt der Führer das rumä-
nische Verlangen ab und erklärt, daß diese Bestimmungen die

not einen Nigal vorzuschieben, so haben wir bestimmt
mit dem
Zusammenbrüche unseres Wirtschafts-
lebens

und der Versorgung des deutschen Volkes mit den not-
wendigen Bedarfsartikeln zu rechnen. Das Reichs-
ministerium hat mich beauftragt, gemeinschaftlich mit den
in Betracht kommenden Reichs- und preussischen Verkehrs-
ministern die zur Durchführung der Regelung der Ver-
kehrsverhältnisse erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu
leiten. Die Maßnahmen sind im Eisenbahnwesen längst
eingeleitet und erledigt. Alle zweckdienlichen Maßnah-
men werden unverzüglich und energisch durchgeführt
werden.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß, wenn in diesen
Tagen eine Pause eintreten soll, heute das Verkehrs-
ministerium erledigt werden muß, Montag und Dien-
stag Wirtschaftsministerium, am Mittwoch von 9 Uhr ab
See- und Marine, am Donnerstag dritte Sitzung. Vom
18. November ab beginnen dann die Beratungen der
großen Steuerkommission.

Hg. Agur (Soz.): Die Eisenbahnen befinden sich
in einem trostlosen Zustande. Im Westen zeigt sich eine
große Korruption im Eisenbahnwesen.

Ganze Züge werden verschoben. Die Eisen-
bahnverwaltung muß von kaufmännischen Verkehr ge-
tragen sein. Das alte Einrichtungs-System muß verschwin-
den. Die Verwaltungsreform muß kommen. Wenn die
Gesäfte und Wägen den tatsächlichen Verhältnissen ange-
paßt werden, wird auch der alte Verkehr wieder kommen.
Bei Reparaturen ist ein Vorkordium nicht möglich.

Hg. Schirmer (Zr.): Warum beunruhigen wir zur
Schönung des Verkehrsweins nicht, wie in England, die
Zugusautos? Warum wird nicht genauere der
Zugfahr von Lebensmittel und Kohlen einmal für acht
Tage jeder Personenvorteil eingestellt?

Reichsminister Dr. Bell:

Die großen Eisenbahnveränderungen sind zum 27. Ok-
tober zu einer Beiprehung geladen darüber, wieviel der
Kreis der Verbände und Organisationen zu ziehen
soll, die beim Ministerium vertreten sein sollen. Die aus-
schlaggebenden vertriebenen Angelegenheiten, Beamten
und Arbeiter und deren Familien werden nicht ver-
gessen werden. Der Fonds für Unterhaltungen ist auf
10 Millionen erhöht worden. Von einem weiteren An-
gebot von Lokomotiven an uns seitens der Entente ist
der Regierung nichts bekannt. Es erscheint auch nicht
wahrscheinlich. Eine Erziehung aller Verkehrsmitel
dazu vor den Augenwurzeln nicht haltbar.

Hg. Dr. Juppel (Soz.): Der jüngste Antrag
zwischen dem Lande ist schwierig. Aber es muß doch
beachtet werden, daß sie zu einem gemeinsamen Unter-
nehmen sich annehmen müssen.

Hg. Deglar (Zr.): Nach den großartigen Leistun-
gen der Eisenbahnen im Kriege ist es schmerzhaft, daß
von den zugehörigen Einflüssen der Revolution auch die
Arbeiterkraft und Beamtenschaft in ihren jüngeren Mit-
gliedern erschaffen wurden. Die
Eisenbahner müssen sich selbst davon befreien.

In der Spitze des Verkehrsministeriums steht ein Nicht-
fachmann. Er steht vor einer vollkommen neuen Auf-
gabe in schwerer Zeit. Wir zweifeln nicht an seinem
guten Willen. Aber wir haben keine Zeit zu solchen
Experimenten. Die Einigkeit zwischen Preußen und
dem Reich in Eisenbahnsachen scheint nicht allzu groß
zu sein.

Reichsminister Dr. Bell:

Die Vorarbeiten für den Kanal Hannover-Magde-
burg sind abgeschlossen. Soll der Kanal nun an der
Spitze des Ministeriums denn nun Eisenbahner, Wasser-
bauer oder Luftfahrer sein? Die drei Unterlands-
sekrete sind hantelbar. Ich habe bei dem preussischen
Eisenbahnminister wirksame Unterstützung gefunden.
Für die Differenzen hat der Vorredner keinerlei Tat-
sachen angeführt. Natürlich muß ich auf die Verkehrs-
einheit hinwirken. Bei den geübtesten Umständen ist
Preußen hantelbar vertreten.
Hg. Bode (U. C.): Die finanzielle Ausnutzung des
Reichsverkehrsweins muß, anders als in Preußen,
nicht nur zur Befriedigung des Staats dienen, sondern
für die Förderung künftiger Interessen. Die Straits
reultieren hauptsächlich aus der
unwürdigen Behandlung der Arbeiter.

Das muß anders werden. Die schlechten Leistungen
der Werkstätten beruhen auch auf dem Mangel an
Material, an Werkzeugen und Maschinen. Die Er-
höhung der Fahrpreise ist das schlechteste Mittel gegen
die Verkehrsnot. Die vierte Klasse ist eine
Schmach für einen demokratischen Staat.
Der Rest des Staats wird ohne erhebliche
Debatte angenommen.

Montag 1 Uhr: Wirtschaftsministerium.
Schluß 6 1/2 Uhr.

rumänische Souveränität in keiner Weise berühren, daß sie
den Status des Völkerbundes entsprächen, dessen Mitglied
Rumänien sei.

Deutsches Reich.

Ausstellungen aus Eupen und Malmédy.

W.B. Berlin, 25. Oktober. Die Deutsche Reichs-
standsmission in Düsseldorf hat eine Note überreicht, in
der sie Einspruch erhebt gegen die Verlegung des Ober-
befehlshabers der belgischen Besatzungsarmee, durch die sieben
Personen „a cause de propos tendencieux et propagande
active“ aus dem Kreise Malmédy ausgewiesen sind. Die
ausgewiesenen Personen seien lediglich für das Verbleiben

Glutarme, Urwäse und Schwachs

schmilt nur die täglich glänzend bequatschten Requir-Schlecken. Die Wirkung
ist überaus. Es gibt nichts Besseres für den Zustand des Körpers. In
allen Apotheken erhältlich. A 294 S

